

Medieninformation

Herausgegeben vom Hauptvorstand
der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie
Abt. Medien + Kommunikation
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Verantwortlich: Christian Hülsmeier
Telefon: 0511 7631-698 und -329
Mobil: 0151 14270110
E-Mail: presse@igbce.de
Internet: www.igbce.de

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress

Montag, 14. Oktober 2013

Geschäftsbericht

Ulrich Freese
stellv. Vorsitzender der IG BCE

(Es gilt das gesprochen Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich will den Euch vorliegenden gedruckten Tätigkeitsbericht hier mündlich mit aktuellen Entwicklungen ergänzen.

Redeteil 1 – Betriebsverfassung und Betriebspolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Wahl ist vor der Wahl. Das gilt nicht nur für die gerade stattgefundene Bundestagswahl, der die Europawahl, Kommunalwahlen und Landtagswahlen folgen, sondern auch bei uns für die Betriebsratswahlen. Im Frühjahr 2014 finden bekanntermaßen die regelmäßigen Betriebsratswahlen statt. Darauf haben wir uns mit unterschiedlichen Projekten frühzeitig nach der letzten Wahl vorbereitet.

Der demografische Wandel geht auch an Betriebsratsgremien nicht vorbei. Verlässliche Personalplanung verbunden mit Nachwuchsförderung stand bei uns auf der Tagesordnung. Hierfür haben wir eine Arbeitshilfe für Betriebsräte, für Nachwuchsfindung und -förderung erarbeitet. Damit kann rechtzeitig eine strukturierte nachhaltige Betriebsratsarbeit und eine gute Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten auf den Weg gebracht werden.

Ein zweiter Themenkomplex hat uns umgetrieben nämlich wie können wir das Wissen, die Erfahrung und das Können ausscheidender Betriebsratsmitglieder für die nachfolgende Betriebsratsgeneration sichern. Ein wichtiger Baustein, der notwendige Voraussetzung für die Kontinuität der Betriebsratsarbeit ist.

Mit einem derzeit laufenden Pilotprojekt wollen wir den Wissenstransfer organisieren und wie beim ersten Projekt eine gezielte Personalentwicklung in der Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit ermöglichen.

Die anstehenden Betriebsratswahlen stehen unter dem Motto: „Deine Wahl“ – „Mitdenken. Mitbestimmen. Mitmachen“ Dies ist eine DGB-einheitliche Kampagne. Die Materialien hierfür sind erstellt, an die aktuelle Rechtsprechung angepasst und schon unterwegs zu Euch in die Betriebe und Bezirke.

Wie Michael bereits am Beispiel „Neupack“ vorgetragen hat, haben auch wir in letzter Zeit in unserem Organisationsbereich Behinderung von Betriebsräten und Betriebsratswahlen durch einzelne Arbeitgeber feststellen müssen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen und werden wir uns nicht gefallen lassen. Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft IG BCE haben das Recht zur demokratischen Ausgestaltung des Arbeitslebens.

Unternehmer, die sich dagegenstellen, haben mit sozialer Marktwirtschaft, der von uns akzeptierten Wirtschaftsordnung, nichts am Hut. Wir werden den Kolleginnen und Kollegen, die solche Behinderung erfahren, mit all unseren Möglichkeiten uneingeschränkt zur Seite stehen.

Michael hat auf die Notwendigkeit der Änderung der Betriebsverfassung im Bereich Leiharbeit und Werkverträge hingewiesen. Wir müssen die Rechte der Betriebsräte stärken. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Wir haben bereits jetzt, da, wo wir Möglichkeiten haben, Betriebsratswahlen zum Beispiel in der Zeitarbeitsbranche angeschoben und durchgeführt.

Wir haben mit einem Tarifvertrag für ein Unternehmen der Zeitarbeitsbranche die Bildung von Betriebsräten unter den besonderen Bedingungen dieser Branche geregelt. Es ist uns gelungen, mehr Freistellungen der Betriebsräte und eine Freistellung von Vertrauensleuten zu vereinbaren.

Ein absolutes Novum in dieser Branche. Schön für uns ist, dass hundert Prozent der in 2013 gewählten Betriebsräte Mitglied der IG BCE sind. In diesem Unternehmen und bei den Tankstellen der Esso AG tragen die tariflich geregelten Betriebsratsstrukturen auch zum Mitgliederzuwachs bei. Hier konnten wir inzwischen über 900 Mitglieder gewinnen.

Qualifizierte Betriebsratsarbeit ist für uns wichtig. Deshalb haben wir das Beraternetzwerk weiter entwickelt.

Die Struktur und die Zusammenarbeit sind verbindlicher und erfolgreicher geworden. Expertenkreise der Berater werden uns zu wichtigen Schwerpunktthemen beraten und themenorientierte Handlungshilfen entwickeln, die wir Euch in geeigneter Form, zum Beispiel in der erfolgreichen Reihe „BR-Stichworte“, zur Verfügung stellen werden.

Jetzt gilt es, die Betriebsratswahlen durchzuführen. Eine gute Wahlbeteiligung und ein hoher Organisationsgrad der gewählten Betriebsratsmitglieder sind der Garant für eine erfolgreiche Arbeit der IG BCE in den Betrieben.

Redeteil 3 – Mitbestimmung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

damit wende ich mich den Bereich der Unternehmensmitbestimmung zu.

Auch der hinter uns liegende Berichtszeitraum hat wieder einmal gezeigt, dass sich die Mitbestimmung durch betriebliche und gewerkschaftliche Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten bewährt hat. Die Mitbestimmung in den Unternehmen hat gerade im Vergleich zu anderen Ländern dazu beigetragen, die Krise zu bewältigen. Michael Vassiliadis hat hierüber schon gesprochen.

Die Mitbestimmungslandschaft verändert sich. Wenn wir erkennen, dass dies so ist, müssen wir gemeinsam unsere Kompetenz einbringen, um die Veränderungen zu gestalten.

Immer bedeutender wird das Thema Mitbestimmung in Europäischen Aktiengesellschaften – abgekürzt SE. Der Trend zur SE-Gründung hält an. Ein Ärgernis ist, dass die Zahl der Mitarbeiter zum Zeitpunkt der Gründung für die Mitbestimmungsform dauerhaft bestimmend ist.

Dazu sage ich hier und heute deutlich, „es darf nicht in Stein gemeißelt sein, dass bei Veränderungen der Mitarbeiterzahlen keine Veränderung an den Mitbestimmungsstrukturen mehr erfolgt.“

Wenn das Unternehmen wächst und die für die Mitbestimmung nach deutschem Recht relevanten Schwellenwerte von 500 bzw. 2.000 Beschäftigten übersteigt, muss auch nach der Umwandlung zur SE das Drittelbeteiligungsgesetz oder das Mitbestimmungsgesetz zur Anwendung kommen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft politisch einsetzen.

Mit Blick auf die andauernde Diskussion über eine Frauenquote in Aufsichtsräten vertreten wir die Position, dass sich der Geschlechteranteil an dem der gesamten Mitarbeiter in einem Unternehmen orientieren sollte. Wir haben uns selbst zum Ziel gesetzt, bis 2020 einen 30-Prozentanteil von Frauen bei den Gewerkschaftsvertretern in Aufsichtsräten zu erreichen. Auch hierüber hat Michael Vassiliadis gesprochen.

Auf diesem Weg kommen wir voran: Mitte dieses Jahres haben wir die 20-Prozentschwelle erreicht. Das sind immerhin knapp 4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr – ein Zuwachs um fast ein Viertel. Dieser Weg wird von der IG BCE konsequent fortgesetzt und muss auch bei den innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretern angegangen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das seit 2009 bestehende Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung hat zum Ziel, bei Vorstandsgehältern ein angemessenes Verhältnis zur branchen- und landesüblichen Vergütung sowie gegenüber der nächsten Führungsebene zu wahren. Die IG BCE und die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten haben und werden sich weiterhin für eine sinnvolle Begrenzungen einsetzen. Das Gesetz muss außerdem auf *alle* Unternehmen mit Aufsichtsräten ausgedehnt werden.

Auch der nur für börsennotierte AGs geltende Deutsche Corporate Governance Kodex sollte auf nicht börsennotierte Gesellschaften ausgedehnt werden. Wir werden uns unverändert dafür stark machen.

Redeteil 4 – Wohnungsbau

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren unterlag die Wohnungswirtschaft massiven strukturellen Änderungen. Zwei unterschiedliche Gruppen von Investoren stehen heute im Mittelpunkt – private Finanzinvestoren mit eher kurzfristigem Anlagehorizont, die Wohnungen als Handelsware betrachten, und strategische Investoren in Form von langfristig ausgerichteten Immobilienunternehmen. Aber Wohnen muss bezahlbar bleiben.

Deshalb nehmen wir unsere Aufgabe, uns für bezahlbare Mieten und für vernünftigen Wohnraum für unsere Mitglieder einzusetzen, einerseits im politischen Raum und direkt wirkungsvoll dort wahr, wo wir in Aufsichtsgremien vertreten sind – so zum Beispiel bei VIVAWEST.

Das Anfang 2012 aus der Fusion von Evonik Immobilien und THS entstandene mit 130.000 Wohnungen drittgrößte deutsche Wohnungsunternehmen hat seinen Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen und wirkt prägend auf den Mieten- und Wohnungsmarkt.

Für die IG BCE war es von Anfang an entscheidend, die Interessen der Mieter und unserer Mitglieder und der Beschäftigten der Wohnungsbaugesellschaften zu wahren.

Die von uns mit beeinflusste, gewollt stabile Eigentümerstruktur steht für Stabilität und Verlässlichkeit eines Qualitätsunternehmens, das eine verantwortungsvolle, langfristige und nachhaltige Bestandsentwicklung garantiert.

Der Klimaschutz ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Die Wohnungswirtschaft kann durch die energetische Gebäudesanierung einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten. Damit gehört die Modernisierung und Sanierung von Häusern und Wohnungen zu den großen Branchenherausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Weil dies ohne öffentliche Förderung unmittelbar Mietpreissteigerungen nach sich ziehen wird, setzen wir uns für ein kostensenkendes energetisches Gebäudesanierungsförderprogramm der Bundes- und Landesregierungen ein. Dies hilft den Mietern, der Umwelt und schafft Auftragsvolumen für Bauleute und Handwerker.

Redeteil 5 - Regionalforen/Vertrauensleute/Ortsgruppen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, IG BCE-Vertrauensleute sind Akteure unserer gewerkschaftlichen Betriebspolitik.

Sie bereiten Tarifrunden vor, unterstützen sie flankierend und wirken meinungsbildend im Betrieb hinsichtlich der Tarifergebnisse. Sie arbeiten mit dem Betriebsrat zusammen und sind ein unverzichtbares Bindeglied im Dialog mit unseren Mitgliedern.

Sie setzen die Akzente in der betrieblichen Zielgruppenarbeit und stehen an der Seite der Betriebsräte, um an der Umsetzung von Aktivitäten zum Thema „Gute Arbeit“ mitzuwirken.

Ihnen kommt eine Schlüsselstellung bei der Werbung neuer Mitglieder zu. Durch die aktive Mitarbeit in den Vertrauenskörpern können sich engagierte Mitglieder auf eine künftige Betriebsratstätigkeit vorbereiten.

In den Ortsgruppen findet die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit statt. Hier werden Positionen zu aktuellen, nicht nur kommunalpolitischen Themen erarbeitet und öffentlich vertreten. Als Sammelbecken für Mitglieder jeden Alters sind sie auch Plattform für unsere Seniorenarbeit.

Noch mehr Stoßkraft in Richtung Öffentlichkeit besitzen die Regionalforen, in denen die Kompetenzen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Ortsgruppen gebündelt sind. Hier wird die außerbetriebliche Zielgruppenarbeit für Senioren, Jugend und junge Familien intensiviert. Regionalforen ermöglichen ein Engagement auf Zeit – jedes Mitglied kann sich themenspezifisch einbringen. Im Rahmen von bundesweiten Aktionen erhöhen die Regionalforen die flächendeckende Kampagnenfähigkeit der IG BCE.

Redeteil 6 – Sozialpolitik/Gesundheit/Rentenpolitik

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Ausführungen liegt auf dem Themenkomplex der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit mehr als 20 Jahren befinden sich die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland in einem permanenten Veränderungsprozess. Dies ist nicht zuletzt Folge der Globalisierung, des demografischen Wandels und des europäischen Binnenmarktes.

Solche Veränderungs- und Anpassungsprozesse können sich nur schrittweise vollziehen. Der immer wieder geäußerte Wunsch nach einer großen und grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme wird sich wohl nie erfüllen. Welchen Beitrag hat nun die bisherige schwarz-gelbe Bundesregierung zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland geleistet?

Es ist nicht viel passiert. Wichtige Reformen im Bereich Rente wurden nicht umgesetzt. Die schwarz-gelbe Regierungszeit waren verlorene Jahre für die Sozialpolitik. Der größer werdende Reformstau muss endlich aufgelöst werden. So brauchen wir neben einer Bürgerversicherung zum Beispiel neue Kooperationsstrukturen im Gesundheitswesen, die eine innovationsfreundliche und präventiv ausgerichtete Gesundheitspolitik unterstützen.

Bereits 2009 hatte eine Expertenkommission der letzten großen Koalition Vorschläge für einen neuen Pflegebegriff und seine Umsetzung vorgelegt. Die schwarz-gelbe Regierung hat erneut einen Expertenbeirat beauftragt, um Detailfragen zu klären.

Aber genau dieses wurde nicht geleistet, so dass die Erledigung der noch offenen Aufgaben nach Einschätzung des Gesundheitsministeriums bis 2015/2016 dauern wird. Für viele Pflegebedürftige mit demenziellen Erkrankungen bedeutet dies eine Verzögerung auf bessere Versorgung um 6 bis 7 Jahre.

Seit der letzten Gesundheitsreform werden künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nur noch von den Versicherten allein in Form sogenannter Zusatzbeiträge zu bezahlen sein. Der Arbeitgeberbeitrag ist eingefroren und die paritätische Finanzierung damit faktisch beendet.

Das ist der Einstieg in die von CDU und FDP angestrebte Finanzierung der GKV über die Kopfpauschale. Für Krankenkassen, die einen Zusatzbeitrag nehmen müssen, bedeutet dies nach den bisherigen Erfahrungen das Todesurteil. Daher tun die Kassen alles, um einen Zusatzbeitrag zu vermeiden; die Folgen sind unterschiedlichster Art:

- kaum noch Investitionen in innovative Versorgungskonzepte oder
- Zurückhaltung gegenüber neuen Kooperationsformen, wie zum Beispiel zwischen Kassen und Pharmaindustrie sowie
- Einsparungen im Bereich von Prävention und Reha.

Dabei brauchen wir mehr Prävention. Nicht nur in Schulen und Kindergärten, sondern insbesondere auch in den Betrieben.

Gerade beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement können wir alle einen praktischen Beitrag leisten. Die Abteilung Sozialpolitik hat eine Handlungsanleitung erarbeitet und in mehreren Betrieben im Rahmen von Pilotprojekten erfolgreich erprobt. Dieses BGM-Konzept muss zur Unterstützung einer demografiefesten Personalpolitik und zur Umsetzung des Demografie-Tarifvertrages flächendeckend umgesetzt werden. Die zukünftigen Fachsekretäre für Gute Arbeit und Demografie werden bei der Organisierung der Anlaufphase solcher Projekte Hilfestellung leisten.

Eine Anmerkung zur Sozialversicherung und ihrer Selbstverwaltung: Die Sozialversicherungsträger haben enorme Kompetenzen im Bereich der Alterssicherung, Gesundheit, Reha und Pflege.

Sie nehmen eine wichtige Aufgabe für Sozialpartner und Gewerkschaften bei der Gestaltung des demografischen Wandels in den Betrieben wahr.

Damit diese Aufgabe erfüllt werden kann, kommt es entscheidend darauf an, dass in der Selbstverwaltung der Träger Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mitarbeiten. Dies setzt von den Sozialpartnern die Bereitschaft voraus, kompetente Selbstverwalter in die Gremien der Sozialversicherungsträger zu entsenden. Selbstverwaltung ist Mitbestimmung im Bereich der sozialen Sicherung und unverzichtbarer Bestandteil der Sozialpartnerschaft. Sie muss in vergleichbarer Weise wie Mitbestimmung im Allgemeinen auch organisiert sein. Zu prüfen ist, wie Selbstverwaltung zukünftig stärker auf regionaler Ebene, zum Beispiel in Netzwerken, organisiert werden kann. Dazu liegt ein entsprechender Antrag des Bezirks Kassel vor (S 008).

Ich will einige Bemerkungen zur sozialen Benachteiligung und Inklusion vortragen. Dieses Thema liegt mir persönlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders am Herzen. Sozial benachteiligt sind zum Beispiel Arbeitslose sowie Menschen mit prekärer Beschäftigung. Betroffen sind auch Mitglieder unserer Organisation.

Soziale Benachteiligung ist meistens gleichbedeutend mit einem höheren Risiko der Arbeitslosigkeit, einem schlechteren Gesundheitszustand, einem erhöhten Pflegebedarf und einer kürzeren Lebenserwartung. Maßnahmen zur Förderung sozial Benachteiligter in den Kranken- und Pflegekassen oder der gesetzlichen Rentenversicherung und betrieblichen Altersversorgung reichen längst nicht aus, um diesen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Notwendig ist ein gleichzeitiges und gezieltes Angehen in unterschiedlichen Politikfeldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Migration. Euch liegen Anträge des Hauptvorstandes zu den Themen "Migration ist wichtiger Teil der Inklusion" und "Leitbild für einen Sozialstaat der Zukunft" vor. Hiermit werben wir offensiv für Inklusion als durchgängiges Prinzip in unserem Sozialstaat. Mit der Annahme setzen wir ein weiteres eindrucksvolles Zeichen.

Redeteil 7 – Arbeits- und Gesundheitsschutz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wende mich nun den Sachgebieten Arbeits- und Gesundheitsschutz zu.

Gesundheit ist mehr als die Vermeidung von Krankheiten und Unfällen.

Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die Beschäftigten weder körperlich noch psychisch so belastet werden, dass akute Verletzungen oder chronische Krankheiten entstehen.

Arbeits- und Gesundheitsschutz ist darüber hinaus aber ein wesentlicher Faktor, um die Menschen – mit Blick auf den demografischen Wandel – arbeitsfähig zu halten. Es geht um alters- und altersgerechte Gestaltung der Arbeit.

In diesem Jahr hat die zweite Programmphase der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie begonnen.

Durch den Einfluss der IG BCE folgen die Schwerpunkte der Präventionsaktivitäten den drei Arbeitsschutzzielen:

- Verbesserung der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes
- Verringerung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen im Muskel-Skelett-Bereich
- Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung

Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen sich an aktuellen und zukünftigen Produkt- und Produktionsentwicklungen ausrichten. Deshalb sorgen wir dafür, dass nicht nur klassische Gefahrstoffe, sondern auch neue, wie zum Beispiel Nanomaterialien, sicher gehandhabt werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Industrien in unserem Organisationsbereich Stoffe benötigen und produzieren, die auch die Gesundheit der Beschäftigten gefährden können.

Diese sicher zu handhaben, ist mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen möglich. Das ist anspruchsvoll, aber unter dem Strich wirtschaftlich. Investitionen in den Arbeitsschutz vermeiden Kosten bei der Wiederherstellung der Gesundheit und zum Beispiel für Berufskrankheitsrenten. Mit gezieltem und konsequentem Arbeitsschutz tragen wir auch zur Akzeptanz von Innovationen und der Industrie im Allgemeinen bei.

Psychische Belastungen müssen durch die Reduktion von Stress, Verbesserung der Führung, gute Qualifizierung und angemessene Leistungsanforderungen vermieden werden. In der Gefährdungsbeurteilung müssen deshalb auch die psychischen Einflussfaktoren erfasst und beurteilt werden. Aus ihnen sind Schutzmaßnahmen abzuleiten.

Diese müssen auch etabliert werden, wenn sie geforderte und realisierte Effizienzsteigerungen wieder rückgängig machen. Die wesentlichen Ursachen zu beseitigen und somit die Arbeit für jeden einzelnen gesünder bzw. belastungsärmer zu gestalten, ist unser Ziel, mit diesem Engagement zeigen wir aktuellen und potenziellen Mitgliedern einen positiven Effekt ihrer Mitgliedschaft in für sie wichtigen Themenfeldern.

Die gesetzlichen Unfallversicherungen sind durch Fusionen deutlich weniger geworden. Wir haben die Verringerung der Zahl der Berufsgenossenschaften nicht eingefordert, haben aber sinnvolle Organisationsveränderungen vorgeschlagen und wirken nun mit, die neu entstandenen Träger zu gestalten. Es gelingt, unterschiedliche Traditionen und Bedürfnisse der Branchen zu berücksichtigen sowie Synergien zu nutzen.

Selbstverwalter übernehmen Verantwortung und gestalten im Sinne der Versicherten und unserer Mitglieder die Berufsgenossenschaft. Die bisher stattfindenden Sozialversicherungswahlen in Form von Friedenswahlen sind nicht undemokratisch, nein, sie sind Ausdruck gelebter Demokratie, weil die Interessen der Versicherten wirkungsvoll durch demokratisch legitimierte Gewerkschaften in den Gremien repräsentiert werden.

Redeteil 8 – Migration/Integration

Für die Belange unserer rund 55.000 ausländischen Mitglieder steht unsere Abteilung Migration/Integration. Zu den 55.000 kommt noch eine wesentlich höhere, aber statistisch nicht erfasste Anzahl der interkulturellen Mitglieder, die mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben.

Die Leitlinien für die Arbeit dieser Personengruppe bilden unsere vor zwei Jahren beschlossenen Grundsätze zur Interkulturellen Arbeit. Sie dienen dem Ziel, Migrantinnen und Migranten verstärkt am gewerkschaftspolitischen Entscheidungsprozess zu beteiligen.

Die Arbeit wird durch bezirkliche und landesbezirkliche Interkulturelle Arbeitskreise begleitet. Dieses Jahr findet zum 43. Male die Recklinghäuser Tagung statt.

Diese Tagung ist ein fester unverzichtbarer Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Sie ist ein wichtiges Forum für unsere interkulturellen Kolleginnen und Kollegen. Hier können sie ihre Interessen einbringen, Probleme und Ziele formulieren und Lösungsmöglichkeiten suchen.

Diese jährlich stattfindende migrationspolitische Veranstaltung ist immer wieder Ausgangspunkt von gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Forderungen der IG BCE. In diesem Jahr steht sie unter dem Thema: Vielfalt nutzen Chancengleichheit verwirklichen.

Wir als IG BCE waren an der Entwicklung des Nationalen Aktionsplanes der Bundesregierung beteiligt und leisten Beiträge zu seiner Umsetzung. Wir konzentrieren uns mit Selbstverpflichtungen auf zentrale Felder wie Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Im Rahmen von Diversity Management haben wir eine umfassende Sozialpartnervereinbarung mit dem BAVC unterzeichnet mit der Absicht, das Potenzial der Vielfalt in den Betrieben besser zu nutzen.

Dieser Vereinbarung müssen weitere Betriebsvereinbarungen zum Thema „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ folgen.

Zur Abwehr von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus organisieren wir immer wieder Initiativen und Aktionen, insbesondere während der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Hierbei arbeiten wir eng mit dem „Kumpelverein“, dem DGB, dem Interkulturellen Rat, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zusammen.

Dies ist eine breite Basis, um ein gesellschaftspolitisches Klima zu erzeugen, das notwendig ist, um endlich Deutschland als Einwanderungsland und eine Willkommenskultur zu etablieren.

Damit dem rechtsextremistischen Spuk in Deutschland Grenzen gesetzt werden, halten wir nach wie vor ein verfassungsrechtlich sicheres Verbotsverfahren der NPD, und zwar getragen von allen Ländern und dem Bund für notwendig.